

den oder sonst an der Ausreise aus diesem Bereich verhindert sind“.¹⁶⁴ Diese umständliche Bezeichnung war der politisch korrekte Oberbegriff für Kriegsgefangene und Zivilverschleppte. Es empfahl sich ohnehin, nicht von Kriegsgefangenen zu sprechen, weil die Sowjets sofort korrigierten, es gebe keine Kriegsgefangenen mehr, sondern nur noch verurteilte Kriegsverbrecher, die ihre Haftstrafen abbüßen müssten.

Die Moskauer Regierung lenkte nun ein und versicherte den Deutschen am 19. August, dass es selbstverständlich keine Hindernisse für einen Gedankenaustausch über „internationale Fragen, die für beide Länder von Interesse sind“, geben werde.¹⁶⁵ Damit war gesichert, dass die beiden deutschen Themen auf der Konferenz ungehindert angesprochen werden konnten.

Inzwischen hatte man sich auch auf das Datum des Besuchs geeinigt, der am 9. September beginnen sollte. Dessen Dauer wurde im Notenwechsel nicht festgelegt. Die restlichen Fragen wurden nun zügig vereinbart. Die Stärke der deutschen Delegation (Mitte August noch auf circa 120 beziffert) sei für die Gastgeber kein Problem. Alle würden wunschgemäß im gleichen Hotel untergebracht. Die Delegation werde alle diplomatischen Vorrechte und Immunitäten besitzen einschließlich der Absendung chiffrierter Telegramme. Ein deutsches Vorkommando von 13 Personen sei willkommen, in Moskau alle logistischen Fragen zu klären, vor allem im Zusammenhang mit dem Sonderzug.¹⁶⁶

*Die wichtigste Forderung:
Die Rückkehr der Kriegs- und Zivilgefangenen*

Im Mürrerer Gesprächsprotokoll war die deutsche Position für Moskau wie folgt festgelegt worden: „Ohne Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung und der Rückgabe unserer Gefangenen und Verschleppten ist die Aufnahme voller

diplomatischer Beziehungen nicht denkbar.¹⁶⁷ Es war aber dem Kanzler und seinen Beratern klar, dass es nach dem Verlauf der Genfer Gipfelkonferenz keine realistische Aussicht auf ein Gespräch über die Wiedervereinigung gab, die über das bloße Deklamieren der beiderseits bekannten Positionen hinausgehen würde. Auch in der deutschen Öffentlichkeit war nach den ersten Tagen der euphorischen Hoffnungen die Einsicht zurückgekehrt, dass die Sowjets in absehbarer Zeit nicht auf die DDR verzichten würden. Um so mehr verstärkte sich dagegen die Erwartung, dass der Kanzler 10 Jahre nach dem Ende des Krieges die letzten Gefangenen zurückbringen würde. Die Vertriebenenverbände gingen so weit zu fordern, der Kanzler dürfe erst nach Moskau reisen, wenn vorher alle Kriegsgefangenen zurückgekehrt seien.¹⁶⁸

Man gewinnt bei der Lektüre mancher Berichte über die Moskaureise den Eindruck, als habe der Kanzler mit den Gefangenen ein völlig neues Thema aufgegriffen oder als hätte es in den Jahren vor 1955 keine Transporte von Heimkehrern gegeben. Beides ist nicht richtig, aber da es kaum zuverlässige Zahlen gab und gibt, konnten hier leicht Legenden entstehen.

Unzuverlässige Statistiken

Nach einer vergleichenden Auswertung sowjetischer Angaben und westlicher Ermittlungen fielen über drei Millionen deutscher Soldaten in die Hände der Roten Armee. Von diesen kehrten knapp 2 Millionen nach Deutschland zurück.¹⁶⁹ Nach einer anderen Berechnung, die vom Deutschen Roten Kreuz und von Suchdiensten aufgestellt wurde, waren 1.156.597 deutsche Soldaten an der Ostfront als vermisst registriert worden. Eine bedeutend geringere Zahl von 89.752 hatte das Kriegsende nachweislich überlebt. Von ihnen waren nämlich aus der Gefangenschaft in den Jahren 1945–50 Briefe und andere Lebenszeichen ge-

kommen. Diese Zahl war nach 1950 dramatisch zurückgegangen. Nach den Informationen, die das Auswärtige Amt im Sommer 1955 einzog, lebten nur noch 8.477 Kriegsgefangene mit Sicherheit in den sowjetischen Straflagern.¹⁷⁰ Die meisten von ihnen waren 1949/50 in Massenprozessen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Das Motiv Stalins für diese Massenverurteilungen dürfte einmal darin zu suchen sein, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der Kriegsschäden zurückzuhalten,¹⁷¹ aber auch darin, das Rückgrat der aggressiven deutschen Wehrmacht zu zerschlagen. Auf der Teheraner Konferenz von 1943 war er noch weiter gegangen und hatte die Liquidierung von 50.000 deutschen Offizieren und Technikern verlangt, die den harten Kern des deutschen Militarismus ausmachten. Später, in Potsdam, verlangte er nur noch die Verurteilung dieser 50.000 in Kriegsverbrecherprozessen. Beide Male lehnten die Westalliierten diese Forderung ab.¹⁷² Man wird nicht behaupten können, dass die Massenprozesse von 1949/50 dazu dienen sollten, ein Faustpfand für spätere Forderungen gegen Westdeutschland in die Hand zu bekommen, sondern dass sie das Überbleibsel von Stalins Verlangen waren, das deutsche Militär wenigstens teilweise unschädlich zu machen. Die Prozesse genügten weder rechtsstaatlichen Vorstellungen noch den sowjetischen Strafprozessregeln. Als Schuldvorwurf reichte beispielsweise, dass ein Gefangener Listen von verstorbenen Kameraden führte (Spionage), dass ein anderer ein Transparent gemalt hatte „Wann fahren wir heim?“ (Sabotage) und die vielen Fälle von Mundraub geringer Mengen von Lebensmitteln, die als „Gewalttätigkeit gegen die Zivilbevölkerung“ zu einem Verbrechen hochgestuft wurden.¹⁷³ 25 Jahre Zwangsarbeit waren das fast einheitliche Strafmaß der Schnelljustiz jener Jahre.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS hatte bereits 1950 völlig andere Zahlen präsentiert. Danach seien seit der Kapitulation im Mai 1945 insgesamt 1.939.063 deut-

sche Kriegsgefangene repatriiert worden, zuletzt noch einige Transporte mit 17.538 Menschen. Nunmehr, am 5. Mai 1950, gebe es keine deutschen Kriegsgefangenen mehr auf sowjetischem Territorium. Es gebe allerdings 9.717 ehemalige Kriegsgefangene, die wegen schwerer Kriegsverbrechen verurteilt worden seien, und 3.815 Untersuchungshäftlinge, gegen die noch ermittelt werde.¹⁷⁴ Diese Zahlen waren offensichtlich untertrieben; denn allein im Herbst 1953 folgte eine weitere Entlassungswelle mit über 10.000 Heimkehrern, die von den Sowjets als begnadigte Kriegsverbrecher deklariert wurden.¹⁷⁵ Man kann nur vermuten, dass die sowjetischen Behörden selbst keine zuverlässigen Zahlen hatten.

Noch schwieriger war es, die große und heterogene Gruppe der verschleppten Zivilisten in Zahlen zu präsentieren. Es gab unter ihnen beispielsweise die Deutschen, die aus den Ostgebieten zu Arbeitsleistungen und zum Wiederaufbau in die Sowjetunion transportiert wurden, die Volksdeutschen aus dem Balkan, die wegen Kollaboration mit den deutschen Truppen verschleppt wurden, die von sowjetischen Militärgerichten in der SBZ verurteilten Personen. Der DRK-Präsident Weitz warnte davor, man könne es dem Bundeskanzler nicht zumuten, die „ganze aufgegliederte Mannigfaltigkeit“ zu studieren. Man könne in Moskau keine juristische, sondern nur eine humanitäre Lösung anstreben.¹⁷⁶ Dies war sicherlich ein richtiger Gedanke, aber erst für die späteren Jahre, als unter dem Einfluss des KSZE-Prozesses der Gedanke der Familienzusammenführung Vorrang vor anderen Erwägungen gewann. In den 50er Jahren war noch die Frage der Staatsangehörigkeit allein entscheidend. Die Sowjets würden Adenauer die Aktivlegitimation für Menschen bestreiten, die nach ihren Gesetzen nicht oder nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen.¹⁷⁷

Die Zahl der verschleppten Zivilisten wurde summarisch auf 750.000 geschätzt, von denen 1950 vielleicht noch 130.000 lebten. Man habe aktuell sichere Lebenszei-

chen von 11.160 Personen. DRK-Präsident Weitz nannte die Zahl von 84.000, von denen allerdings etwa 40.000 Volksdeutsche seien,¹⁷⁸ mit sowjetischer, rumänischer und anderer Staatsangehörigkeit. Adenauer würde später in Moskau die Zahl 100.000 nennen. Gegenüber Eisenhower hatte er 1953 noch von etwa 300.000 Personen gesprochen. Die Zahl der nach 1955 Zurückgekehrten liegt bei etwa 20.000.¹⁷⁹ Diese Zahlen sind und bleiben verwirrend. Es wird auch in Zukunft kaum möglich sein, die wirklichen Zahlen zu ermitteln.

Internationale Appelle

Das Schicksal der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und in anderen Staaten war verschiedentlich von internationalen Gremien untersucht worden. Die Außenminister der vier Siegermächte hatten auf ihrer Moskauer Konferenz im April 1947 beschlossen, alle deutschen Kriegsgefangenen bis Ende 1948 zu entlassen.¹⁸⁰ Die Sowjetunion musste im Januar 1949 zugeben, dass sie noch weitere Zeit bis Ende 1949 brauche, um ihrer Verpflichtung nachzukommen.¹⁸¹ Dann jedoch änderte sie ihre Taktik. 1949 und 1950 wurden in einer letzten Welle von Massenprozessen etwa 27.000 Kriegsgefangene zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.¹⁸² Am Ende dieser Aktion stand die oben zitierte TASS-Meldung, wonach es nur noch verurteilte Kriegsverbrecher in der Sowjetunion gab. Damit war der Beschluss der Außenministerkonferenz von 1947 unterlaufen.

Als Eisenhower seine große Rede „Chance for Peace“ im April 1953 vorbereitete, zeigte er den Entwurf auch dem Bundeskanzler Adenauer. Dessen einzige Anregung bestand in der Bitte, „die etwa 300.000 deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ zu erwähnen. Eisenhower entsprach diesem Wunsch, erwähnte aber nicht nur die deutschen, sondern alle Kriegsgefangenen, die noch in der Sowjetunion zurückgehalten würden.¹⁸³ Später, während der Genfer Gipfelkon-

ferenz, erinnerten Eisenhower und Eden die sowjetischen Vertreter an die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. Diese antworteten darauf mit dem üblichen Argument, es gebe in der Sowjetunion keine Kriegsgefangenen mehr, sondern nur noch verurteilte Kriegsverbrecher.¹⁸⁴

Die UNO befasste sich erstmals im Dezember 1950 mit den in aller Welt noch immer zurückgehaltenen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Auf Antrag der USA, Großbritanniens und Australiens verabschiedete die Vollversammlung eine Resolution, in der alle Staaten aufgefordert wurden, „in kürzester Frist“ alle noch verbliebenen Gefangenen freizulassen und ihnen die Möglichkeit zur Rückkehr in ihre Heimat zu geben. Im Dezember 1953 wurde die Resolution von 1950 wiederholt und bekräftigt. Im Mai 1951 hatte die Vollversammlung außerdem einen Ad-hoc-Ausschuss für Kriegsgefangenenfragen eingesetzt.¹⁸⁵ 1953 gab es eine Debatte im Sozialausschuss der UNO, in der auch Vertreter der Bundesrepublik, Italiens und Japans für die Freilassung ihrer Kriegsgefangenen plädieren konnten. Für die Bundesregierung sprach Staatssekretär Hallstein, der die Rechtmäßigkeit der sowjetischen Verurteilungen aufgrund von Foltern und erpressten Geständnissen bezweifelte.¹⁸⁶

Die Sowjets waren weder durch internationale noch durch individuelle Appelle zu beeindrucken. Sie hatten gelegentlich private Bemühungen honoriert wie die umstrittene Reise des hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller im Januar 1952, der als erster nach Moskau fuhr und die Heimkehr von 800 Gefangenen erreichen konnte.¹⁸⁷ Ferner dürfen die intensiven Bemühungen des Deutschen Roten Kreuzes nicht unerwähnt bleiben. Die Sowjets fanden es jedoch wenig lohnend, die DRK-Bemühungen zu honorieren, da für sie die Freilassung der Gefangenen weniger eine humanitäre als vielmehr eine politische Frage war.¹⁸⁸ Moskau wollte für die letzten Gefangenen einen Preis kassieren und war damit letztlich erfolgreich.

Die Haltung der DDR zur Gefangenfrage

Die Führung der SED stand wegen der viel beschworenen deutsch-sowjetischen Freundschaft unter einem noch stärkeren Erfolgsdruck als die Bonner Regierung. Grotewohl und Pieck sahen sich gezwungen, ihre Bemühungen und ihre bisherigen Erfolge bei den Moskauer Genossen um die Freilassung der letzten Kriegsgefangenen öffentlich zu schildern. Als allerdings TASS im Mai 1950 verkündete, es gebe nur noch Kriegsverbrecher, schwenkten die Medien in der DDR auf die gleiche Linie, und führten künftig eine Publizitätskampagne gegen Adenauers „Kriegsgefangenenlüge“. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 erkannte man aber in Moskau, dass die Ostberliner Führung in der delikaten Gefangenfrage eine Erfolgsmeldung bitter nötig habe. Auf Ersuchen der DDR wurde am 22. August 1953 in Moskau eine Vereinbarung geschlossen. Danach sollten „nach einem festgelegten Modus“ verurteilte Gefangene begnadigt werden, außer wenn sie „besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit“ begangen hätten. Aufgrund dieser Vereinbarung kamen 1953/54 zwischen 4.000 und 10.000 Gefangene frei. Genaue Zahlen wurden weder von Moskau noch von Ostberlin genannt. Die meisten von ihnen wurden in die Bundesrepublik entlassen. In einer Meldung von „Neues Deutschland“ im August 1955 wurde die Zahl von „rund 12.000 Kriegsverurteilten“ genannt, die seit August 1953 vorzeitig aus der Haft entlassen worden seien.¹⁸⁹

Chruschtschows Brief an die SED

Der letzte Abschnitt des Kapitels der Ostberliner Bemühungen um die deutschen Kriegsgefangenen – es ging der DDR immer nur um diese, nicht um die Zivilgefangenen, deren Verschleppung nicht ohne harsche Kritik am Verhalten der brüderlichen Sowjetunion zu erwähnen gewesen

wäre – nahm dann eine überraschende Entwicklung, eine Entwicklung, die auch das traditionelle Bild von Adenauers Erfolg in Moskau ändert, der erst durch zähe Verhandlungen die Freiheit der letzten Gefangenen errungen habe.

Am 14. Juli 1955, also fast zwei Monate vor der Kanzlerreise nach Moskau, erhielt die Ostberliner Führung mit der Unterschrift Chruschtschows die Mitteilung, „daß die Frage der Kriegsgefangenen zweifellos bei den Verhandlungen mit Adenauer ... aufgeworfen werden wird“. Die sowjetische Seite wolle den Westdeutschen im Verlauf der Verhandlungen zusichern, dass deren Freilassung „geprüft wird und eine günstige Entscheidung dieser Frage zu erwarten ist“. Wenn die Verhandlungen über die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik erfolgreich abgeschlossen würden, sei beabsichtigt, „5.614 deutsche Bürger, darunter 3.708 Kriegsgefangene, 1.906 Zivilpersonen und 180 Generale der ehemaligen Hitlerarmee von der weiteren Strafverbüßung zu befreien und sie entsprechend ihrem Wohnsitz nach der DDR oder nach Westdeutschland zu repatriieren“. Weitere 3.917 schwere Kriegsverbrecher sollten den Deutschen zur weiteren Strafverbüßung übergeben werden. Diese Zahlen waren zuvor von einer interministeriellen Kommission in Moskau ermittelt worden, die von März bis Juli 1955 die Urteile überprüft hatte.¹⁹⁰ Die Sowjets baten die Adressaten Ulbricht und Grotewohl, diese Frage mit ihnen „vor den Verhandlungen mit Adenauer [zu] erörtern“.¹⁹¹

Wenige Tage später waren Bulganin und Chruschtschow auf der Rückreise von Genf in der DDR. Man sprach dabei auch über die Gefangenen, und zwar – wie das Kommuniké hervorhob – auf Initiative der DDR. Sie wurden jetzt nicht mehr pauschal als Kriegsverbrecher bezeichnet, sondern als die „ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen ..., die eine Strafe für von ihnen gegen das Sowjetvolk begangene Verbrechen verbüßen“. Man einigte sich darauf, die Frage unter Berücksichtigung der DDR-Wünsche fortzuset-

zen.¹⁹² Im Lichte des Chruschtschow-Briefs bedeutete diese Vertagung, dass zunächst einmal die Adenauer-Delegation die Chance haben sollte, die Gefangenen heimzuführen.

Dieser Brief Chruschtschows hatte eine allgemeine Bedeutung im Verhältnis der Sowjetunion zur DDR. Mit ihm informierte der Kreml anscheinend erstmalig die Ostberliner Genossen über eine beabsichtigte politische Aktion.¹⁹³ Die SED-Führung stimmte dem sowjetischen Vorschlag ohne jeden Kommentar oder Änderungsvorschlag zu. Allerdings scheint es hinter verschlossenen Türen erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben zu haben. Dafür spricht, dass das ursprüngliche Antwortschreiben des Politbüros der SED vom Sowjetbotschafter Puschkin zusammengestrichen wurde, bevor es am 4. August nach Moskau abgehen konnte. Vor allem spricht es für ein tiefes Missvergnügen mit den Moskauer Absichten, dass die SED im August einen „Bericht über westdeutsche Provokationsprozesse“ verfasste und dem Zentralkomitee der sowjetischen Partei übermittelte. Aus diesem Bericht ging hervor, dass die SED befürchtete, die letzten 10.000 Gefangenen würden noch mehr als die schon früher Heimgekehrten „auf Druck der Heimkehrerverbände“ Anzeigen gegen diejenigen ihrer „antifaschistischen“ Kameraden aus den Gefangenenlagern erstatten, die durch ihre Anzeige oder Zeugenaussage zur Verurteilung der Spätestheimkehrer in der Sowjetunion beigetragen hatten. Die westdeutschen Gerichte hätten eine Rechtsprechung entwickelt, wonach sich die Anzeigenden oder Zeugen in mittelbarer Täterschaft der schweren Freiheitsberaubung gegen den Verurteilten schuldig gemacht hätten. Diese westdeutschen „Kameradenschinderprozesse“ würden dazu führen, dass „missliebige Antifaschisten“ eine empfindliche Freiheitsstrafe von der „westdeutschen reaktionären Justiz“ zu befürchten hätten. Zudem würde aus den Gerichtssälen und von der westdeutschen Presse die üble „Hetze gegen die Sowjetunion“ in alle Welt verbreitet.¹⁹⁴

Dieser Versuch, die Moskauer Genossen umzustimmen, hatte keinerlei Wirkung. Der Wunsch der Sowjetführung nach diplomatischen Beziehungen mit Bonn war stärker als die Argumente aus Ostberlin.

Dass die Sowjetführer schon vor Beginn der Verhandlungen mit dem Bundeskanzler beschlossen hatten, die restlichen Kriegsgefangenen als Tauschobjekt anzubieten, ändert einige Details der populären Historienmalerei von Adenauers Moskaureise. Die dramatische Szene beim Empfang im St. Georgssaal, bei der Bulganin „unvermittelt und sehr impulsiv“¹⁹⁵ dem Kanzler versprach „...wir geben sie Ihnen alle – alle!“ reduziert sich nun auf den gut gespielten Part einer Pokerpartie. Allerdings war der Kanzler keineswegs der Düpierte oder gar Verlierer des Pokers. Auch er war in Bonn schon seit langer Zeit bereit gewesen, dem gewünschten Botschafteraustausch zuzustimmen, gegen den er sich in Moskau tagelang zur Wehr setzte. Auch für ihn bedeutete es keinen substantiellen Verlust, den Sowjets den geforderten Preis zu zahlen. Er versprach sich sogar eigene Vorteile davon, einen Botschafter in Moskau zu haben.

Die Sowjets hatten einen leichten Vorteil beim Pokern. Sie wussten aus den veröffentlichten Äußerungen Adenauers, dass er selbst über kurz oder lang diplomatische Beziehungen mit Moskau haben wollte. Sie pokerten also nur noch um den Zeitpunkt, konnten sich aber angesichts der strengen Beraterriege des Kanzlers (von Brentano) nicht ganz sicher sein, auf wessen Seite er sich letztlich schlagen würde. Adenauer dagegen scheint nichts von dem Inhalt des Moskauer Briefs vom 14. Juli nach Ostberlin gewusst zu haben. Er konnte aber vermuten, dass sich auf sowjetischer Seite etwas tat. Im Januar hatten SPD-Abgeordnete eine verdeckte Einladung zu Gesprächen mit den Sowjets über die Gefangenenfrage erhalten. Ungefähr zur selben Zeit war Feldmarschall Schörner, Hitlers letzter Oberbefehlshaber des Heeres, aus der sowjetischen Gefangenschaft entlassen

worden und hatte die halboffizielle Nachricht mitgebracht, dass in Kürze auch alle übrigen entlassen würden. Schließlich hatte man auch in Bonn das Kommuniké nach dem Besuch von Bulganin und Chruschtschow in Ostberlin gelesen, wonach die Beratungen über die Gefangenenfrage „unter Berücksichtigung der Wünsche der DDR“ fortgesetzt würden.¹⁹⁶

Trotz dieser Hinweise musste Adenauer der Meinung sein, dass er bis zum letzten Tag um die Gefangenen zu kämpfen hatte und dass er in Gefahr war, mit leeren Händen nach Bonn zurückzufliegen. Die Verehrung, die dem 79-jährigen Kanzler wegen seiner unerschrockenen Verhandlungsführung zuteil wurde, wird durch die nachträgliche Kenntnis des Chruschtschow-Briefs vom 14. Juli in keiner Weise geschmälert.

Die Delegationsliste

Mitreisende Minister

Bei der Auswahl seiner Begleitung kam Adenauer nicht daran vorbei, seinen neuernannten Außenminister von Brentano mitzunehmen, den er bei seiner Amerikareise im Juni zurückgelassen hatte und den er nicht erneut übergehen konnte. Er wusste, dass Brentano seine eigenen Vorstellungen hatte, und er hat ihn nach der Rückkehr als seinen härtesten Widersacher in Moskau bezeichnet,¹⁹⁷ was nicht nur scherzhaft gemeint war. Niemand hatte in den Moskauer Tagen so oft und so leidenschaftlich dem Kanzler widersprochen wie sein eigener Außenminister. Dabei ging es zunächst um die Frage, ob das sowjetische Nachgeben in der Gefangenenfrage ausreichend sei. Brentano wollte vor allem Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage erzielen. Dann ging es um die Frage, ob der Kanzler sich auf das Ehrenwort der Sowjetführer verlassen dürfe und zum Schluss noch um